

Fragen des NABU Kreisverbands Verden an die Politik

Teil 1 - Dr. Gero Hocker - FDP

Halten Sie die bisher von der Bundesregierung getroffenen Maßnahmen für den Klimaschutz für ausreichend oder was würden Sie anders machen?

Wir Freien Demokraten lehnen den von der Bundesregierung eingeschlagenen Weg im Klimaschutzgesetz mit vielen kleinteiligen, teuren und wenig zielführenden Maßnahmen ab. Wir wollen Klimaschutz sicher, verlässlich und zugleich so kosteneffizient wie möglich erreichen. Das gelingt am besten mit einem sektorenübergreifenden Emissionshandel, wo die Politik vorgibt, wieviel CO₂ im Jahr ausgestoßen werden darf. Für den Ausstoß müssen Zertifikate erworben werden, die von Jahr zu Jahr weniger und damit teurer werden. Wer hingegen besonders viel CO₂ spart, muss weniger Zertifikate kaufen und spart Geld und wer CO₂ speichert, muss dafür Geld erhalten. So schaffen wir Anreize für Investitionen in klimafreundliche Technologien. Wir bekennen uns ausdrücklich zu dem Ziel aus dem Pariser Abkommen, die Erderwärmung auf 1,5 Grad Celsius zu begrenzen. Deutschland und Europa haben sich zur Klimaneutralität bis zum Jahr 2050 verpflichtet. Dieses Ziel können wir durch ein striktes und jährlich sinkendes CO₂-Limit in einem umfassenden Emissionshandelssystem zuverlässig erreichen. Es sollte jedoch regelmäßig auf Grundlage neuer wissenschaftlicher Erkenntnisse in den Sachstandsberichten des Weltklimarates (Intergovernmental Panel on Climate Change) evaluiert werden.

Der Klimaschutz soll u.a. durch den verstärkten Ausbau erneuerbarer Energien erreicht werden. Insbesondere der Ausbau der Windenergie steht dabei im Fokus. Wie kann Ihrer Meinung nach die Klimawende umgesetzt werden unter gleichzeitiger Berücksichtigung von artenschutzrechtlichen Belangen und Schutz der Bevölkerung?

Klima- und Artenschutz, sowie die Anliegen der Bevölkerung müssen zusammen gedacht und dürfen nicht gegeneinander ausgespielt werden. Wir brauchen eine Energiepolitik, die naturwissenschaftlich fundiert ist und die auf Innovation, Wettbewerb sowie hohe gesellschaftliche Akzeptanz setzt. Dabei muss der Ausbau der erneuerbaren Energien marktgetrieben erfolgen. In Bezug auf Windkraftanlagen heißt dies, dass wir Freie Demokraten die Interessen der Bürgerinnen und Bürger und die Interessen des Arten- und Naturschutzes in der Energiepolitik unterstützen wollen. So sollen sich die Abstandsgrenzen von Windkraftanlagen zu Brutstätten und Nahrungshabitaten gefährdeter Vogelarten verbindlich nach den Empfehlungen der Länderarbeitsgemeinschaft der Vogelschutzwarten richten (Helgoländer Papier). Eine besondere baurechtliche Privilegierung von Windkraftanlagen im Außenbereich lehnen wir ab.

Wie stehen Sie dazu, dass Abstände zu Wohnorten und artenschutzrechtliche Verpflichtungen aufgeweicht werden sollen?

Wir Freie Demokraten setzen uns dafür ein, dass Abstände zu Wohnorten und artenschutzrechtliche Verpflichtungen nicht aufgeweicht werden. Nur wenn wir berechnete Belange der Bürger ernst nehmen kann eine nachhaltige Energiepolitik gelingen. Gleiches gilt für den Arten- und Naturschutz.

Moore zu schützen und wieder zu vernässen, ist ein guter Beitrag zum Klimaschutz. Der Großteil der Moore in Deutschland ist trockengelegt, etwa für die Land- oder Forstwirtschaft. Dadurch zersetzt sich nach und nach der Torf und große Mengen von Treibhausgasen gelangen in die Atmosphäre. In Deutschland stammten derzeit jährlich mehr als 40 Millionen Tonnen Kohlendioxid (CO₂) aus der landwirtschaftlichen Nutzung von Moorböden. Leider ist die Moorschutzstrategie, die im Koalitionsvertrag der Bundesregierung vereinbart war, gescheitert, weil keine Einigung zwischen Umweltministerium und Landwirtschaftsministerium zu Stande kam. Werden Sie sich dafür einsetzen, dass die Moorschutzstrategie in der nächsten Legislaturperiode umgesetzt wird?

Wir Freie Demokraten setzen uns für ein Klimaschutzkonzept aus einem Guss ein. Wir wollen den EU-Emissionshandel mit festem CO₂-Deckel ausweiten und weitere Wirtschaftszweige einbeziehen. Langfristig auch den LULUCF-Sektor, also die Landnutzung, Landnutzungsänderung und Forstwirtschaft. Das bedeutet, dass für Landnutzungsänderungen, die CO₂ freisetzen, Zertifikate erworben werden müssen. Gleiches gilt umgekehrt auch für Maßnahmen, die CO₂ binden, also die Wiedervernässung von Mooren etwa, für die Zertifikate erteilt werden. So kann Klimaschutz marktwirtschaftlich gelingen.

Zudem wollen wir Freie Demokraten Natur- und Umweltschutz durch Kooperationen von Naturschutzvereinen mit Land-, Forstwirtschaft und Landnutzern erreichen, wodurch das trockenlegen von Feuchtbiotopen partnerschaftlich verhindert werden kann.

Der Zustand der Brutvogelarten in Deutschland ist mit über 30 vom Aussterben bedrohten Vogelarten kritisch zu bewerten. Die Hälfte aller Vogelarten gilt als gefährdet. Die Insektenbiomasse ist sogar um 80 % drastisch zurückgegangen. Welche Maßnahmen würden Sie umsetzen, um Fortschritte erzielen zu können?

Wir Freie Demokraten wollen Natur- und Artenschutz durch Regelungen mit Augenmaß statt pauschalen und oftmals nicht ergebnisorientierten Maßnahmen für die Landwirtschaft erreichen. Es gilt, die Funktionen unserer modernen Landwirtschaft in Einklang zu bringen und den Natur- und Artenschutz mit dem primären Ziel der Ernährungssicherung zu vereinen. Unserer Ansicht nach kann ein ergebnisorientierter Natur- und Artenschutz nicht durch pauschale Verbote oder Bewirtschaftungsauflagen gelingen. Vielmehr liegt der Schlüssel in standortangepassten Konzepten. Die Regionen in Deutschland sind so vielfältig, dass Umweltpolitik nur gelingen kann, wenn sie vor Ort immer wieder neu interpretiert und entwickelt wird. Die Landwirte und Naturschützer wissen gemeinsam viel besser, welche Maßnahme vor Ort zum Schutz der Lebensräume und Nahrungsangebote von Insekten und anderen Organismen zielführend ist, als der Staat es pauschal festlegen kann. So bietet der eigentumsfreundliche Vertragsnaturschutz wirksame Anreize für die Bewahrung und Wiederherstellung strukturreicher Agrarlandschaften und kann das Ausräumen von Feldholzinseln, Alleen, Hecken, Waldmänteln, Strauchgürteln, Blühflächen oder auch insektenreichen Feuchtbiotopen aus der Landschaft verhindern. Die im Zuge der Novellierung der Gemeinsamen Agrarpolitik (GAP) einzuführenden Öko-Regelungen wollen wir unbürokratisch ausgestalten, sodass dadurch möglichst viel für den Naturschutz erreicht wird, aber gleichzeitig die Akzeptanz in der Landwirtschaft dafür hoch ist und viele Landwirte die Maßnahmen umsetzen werden.

Pro Tag werden immer noch ca. 56 ha Fläche durch neue Baugebiete, Gewerbegebiete oder Straßen verbraucht. Ziel der jetzigen Bundesregierung war es, den Flächenverbrauch auf 30 ha pro Tag zu reduzieren. Wie stehen Sie dazu?

Wir Freie Demokraten wollen die Flächeneffizienz erhöhen, damit eine zunehmende Versiegelung vermieden werden kann. Etwa durch eine Novelle des Baugesetzbuchs muss den Kommunen verschiedene Instrumente für eine moderne Flächennutzungsplanung an die Hand gegeben werden. Wir wollen nachteilige Auswirkungen auf die natürlichen Lebensgrundlagen minimieren und soziale sowie wirtschaftliche Bedürfnisse an den Raum mit den ökologischen Funktionen in Einklang bringen. Hierfür bedarf es einer geordneten räumlichen und städtebaulichen Entwicklung, deren Grundlage durch eine adäquate Weiterentwicklung der bundesrechtlichen Grundlagen sichergestellt werden soll. Dabei setzen wir Freie Demokraten vor allem auf Maßnahmen, die die Innenentwicklung von Kommunen erleichtern sollen und damit die Flächeninanspruchnahme im Außenbereich minimieren. Dafür sprechen wir uns u.a. für die Erstellung von Potentialflächenkatastern aus, damit Innenentwicklungspotentiale bekannt und in ein integriertes regionales Bodenmanagement einbezogen werden können. Dadurch sichern wir aktiv Flächen für Naturschutz, Klimaschutz und -anpassung sowie für die Land- und Forstwirtschaft. Wir Freie Demokraten setzen uns zudem für eine Verbesserung des ÖPNV, unter anderem durch On-Demand-Verkehr, und intelligente Verkehrsführung zur Stauvermeidung ein. Für alle Verkehrswege – von der Schiene über die Straße bis zum Radweg – muss der Aufwuchs der Investitionsmittel verlässlich fortgesetzt und zügig verbaut werden. Dabei haben Sanierung und Modernisierung für uns Priorität.

Nach § 63 des Bundesnaturschutzgesetzes sind anerkannte Naturschutzverbände zu beteiligen, indem sie Stellungnahmen abgeben oder Einsicht in Sachverständigengutachten gewährt wird. Wie kann die Mitwirkung anerkannter Naturschutzverbände aus Ihrer Sicht in der Praxis verbessert werden und welchen Stellenwert haben für Sie die anerkannten Naturschutzverbände?

Anerkannte Naturschutzverbände haben für uns, wie jede Nicht-Regierungsorganisation, einen hohen Stellenwert bei Entscheidungsprozessen. Eine Grenze ist für uns Freie Demokraten überschritten, wenn auf bestimmte Anliegen mit strafbaren Handlungen, wie etwa durch Stalleinbrüche aufmerksam gemacht werden soll.

Die derzeitige Form der Landwirtschaft ist der Hauptgrund für den Artenschwund. Der NABU fordert daher, die Agrarsubventionen mehr an die Bewirtschaftungsweise zu koppeln. Je umweltfreundlicher gewirtschaftet wird, desto höher sollen die Subventionen sein.

Wie stehen Sie dazu?

Wir Freie Demokraten wollen ein Update für die Gemeinsame Agrarpolitik der EU (GAP). Wir wollen die an die Fläche gebundenen Direktzahlungen verlässlich und für die Landwirte planbar abschmelzen und hin zu einer echten Innovations- und Investitionsförderung. So könnten gezielt nachhaltige Technologien gefördert werden und Landwirte bei Investitionen in moderne Technik und Tierwohlställen unterstützt werden. Eine Bevorzugung bestimmter Bewirtschaftungsformen wie dem Ökolandbau, der pro Produktionseinheit nicht nachhaltiger ist, lehnen wir klar ab.